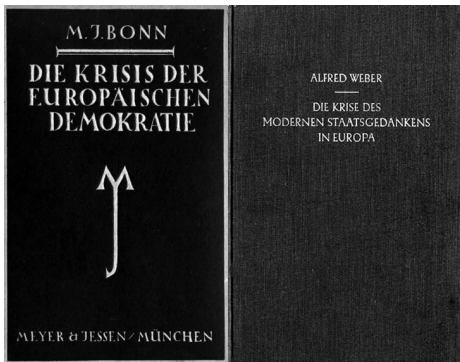


Liberale Krisendiagnosen in der Zwischenkriegszeit: Moritz Julius Bonn und Alfred Weber

Jens Hacke

Moritz Julius Bonn, *Die Krisis der europäischen Demokratie*, München: Meyer & Jessen/Karlsruhe: Braun 1925.

Alfred Weber, *Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1925.



Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schien eine europäische Neuordnung im Sinne internationaler Zusammenarbeit, gemeinsamer liberaler Werte und demokratischer Regierungsformen greifbar zu sein. Kaum jemand ahnte, wie rasch die ideellen Grundpfeiler des westlichen Modells, die US-Präsident Wilson in seinem 14-Punkte-Plan skizziert hatte, durch multiple Krisen erschüttert würden. Die Situation unterschied sich sehr deutlich von den

epochalen Zäsuren der Jahre 1945 oder 1989, als die liberale Ordnung in Westeuropa eine historische Legitimation für sich beanspruchte. Nach 1918 zeichnete sich bald ab, dass kein Spielraum für eine selbstgewisse liberaldemokratische Verortung am „Ende der Geschichte“ vorhanden war. Anstelle einer Rückkehr zum optimistischen Fortschrittsparadigma drohte allenthalben Regression.

Liberale Politik geriet sehr rasch in die Defensive und wurde von links wie rechts für die Malaise der ökonomischen und gesellschaftspolitischen Situation verantwortlich gemacht; der Liberalismus galt vor allem in Deutschland als Relikt des 19. Jahrhunderts und hatte in den Augen seiner Kritiker mit dem Untergang der Belle Époque geistig abgewirtschaftet. Die Erosion der liberalen Mitte und insbesondere das Scheitern des Sozialliberalismus beschäftigte schon die Akteure selbst, die sich vergeblich mühten, eine liberale Programmatik für die „Massengesellschaft“ zu entwerfen. Zwei Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und zugleich bedeutende liberale Intellektuelle ihrer Zeit, der Nationalökonom Moritz Julius Bonn (1873–1965) und der Kulturosoziologe Alfred Weber (1868–1958), haben die Weimarer Re-

publik von Anfang bis Ende publizistisch begleitet. Im Jahr 1925 – also während einer Phase verhältnismäßiger politischer Stabilisierung und wirtschaftlicher Konsolidierung – machten beide unabhängig voneinander den Versuch, das Krisengefühl der Weimarer Republik in gesamteuropäischer Dimension zu verstehen. Dabei griffen sie auf Vorlesungen zurück, die sie in den ersten Nachkriegsjahren gehalten hatten. Bonns Essay „Die Krisis der europäischen Demokratie“ und Webers Schrift „Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa“ dokumentieren die Selbstreflexion eines erschütterten Liberalismus, der als eingetübte Fortschrittsideologie zum Objekt ganz verschiedener Angriffe auf die Moderne geworden war. Sie fügten sich damit in einen Krisendiskurs über die parlamentarische Demokratie ein, der die Zwischenkriegszeit prägte und an dem alle politischen Denker der Epoche mitwirkten – von Carl Schmitt bis Benedetto Croce, von Harold Laski bis John Maynard Keynes.¹

Weber und Bonn einte nicht nur die Herkunft aus der Nationalökonomie. Beide entstammten repräsentativen bürgerlichen Milieus und gehörten einer Generation an: Bonn war der Spross einer angesehenen jüdischen Bankiersfamilie aus Frankfurt, Weber war als Sohn eines nationalliberalen Reichstagsabgeordneten mit den tonangebenden Schichten der Berliner Gesellschaft bestens vertraut.² Schon im Jahr ihres Erscheinens wurden die beiden Krisenschriften zusammen wahrgenommen, und bis heute werden sie kursorisch als Seismographen kommender Erschütterungen herbeizitiert, ohne dass die markanten Unterschiede in Zugriff, Zeitdiagnose und im politischen Werturteil beachtet worden sind.³ Es ist nicht zu bezweifeln, dass Bonn und Weber als politische Intellektuelle wesentliche Grundanschauungen teilten. Sie sorgten sich um die Konflikte zwischen den europäischen Staaten und befürworteten einen europäischen Einigungsprozess; sie erkannten in Faschismus und Bolschewismus neue Ideologien der Gewalt und sahen die Demokratie durch Angriffe von links und rechts bedroht; sie diagnostizierten zunehmende gesellschaftspolitische Desintegrationserscheinungen, die jede übergreifende Zusammen-

¹ Vgl. Christoph Gusy (Hg.), *Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008, sowie Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2002, S. 17-67.

² Alfred Weber und Moritz Julius Bonn kannten sich aus dem Heidelberger Kreis, der sich bei Max Weber traf. Vgl. Eberhard Demm, *Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958*, Düsseldorf 1999, S. 24. Weber muss zumindest grobe Kenntnis der im Entstehen begriffenen Schrift Bonns gehabt haben, da er sie – falsch – mit dem Titel „Die Krise des Staatsgedankens“ zitiert (vgl. Weber, *Die Krise des modernen Staatsgedankens*, S. 130).

³ Vgl. Marcus Llanque, Der Untergang des liberalen Individuums. Zum „fin de siècle“ des liberalen Denkens in Weimar, in: Karsten Fischer (Hg.), *Neustart des Weltlaufs? Fiktion und Faszination der Zeitwende*, Frankfurt a.M. 1999, S. 164-183, hier S. 179, sowie Fritz Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine*, München 1987, S. 192 (amerik. Erstaug. Cambridge 1969).

arbeit der Parteien erschwerten; sie wähten den Kapitalismus in einer ernsthaften Krise, weil er sich unfähig zeige, Klassenspaltung und soziale Ungerechtigkeit zu mildern.

Der unterschiedliche Ansatz beider Kommentatoren lässt sich freilich schon den jeweiligen Titeln entnehmen. Während es dem pragmatisch-angelsächsisch orientierten Bonn um eine Struktur- und Akzeptanzkrise der europäischen Demokratie ging, thematisierte Weber hegelianisch die Krise des Staatsgedankens, die er – trotz seines fortschrittsliberalen tagespolitischen Engagements – gerade mit dem Aufkommen der „Massendemokratie“ verband.⁴ Der moderne Staat sei kaum mehr „als irgend etwas Selbständiges gegenüber den gesellschaftlichen Kraftzentren zu erhalten“ (S. 126). Anders als Bonn hielt Weber den Individualismus für „erledigt“ und näherte sich auf den Spuren des Zeitgeists dem dominierenden Paradigma der Gemeinschaft an. In diesem Kontext entwickelte Alfred Weber seine kaum noch liberal zu nennenden Überlegungen zu einer „modernen Führerdemokratie“, die sich wie eine Montage aus der Theorie seines Bruders Max und der positiv rezipierten Oligarchiethese von Robert Michels lesen.⁵ Alfred Weber spitzte seine Vorstellungen sechs Jahre später begrifflich auf das Modell einer „autoritären Demokratie“ hin zu; die wesentlichen Elemente dazu finden sich allerdings schon in seiner Krisenschrift.⁶ „Jede rationalisierte Massenformation“ benötige „zentralisierte und erfahrene Leitung“ und setze „besonderes technisches Können“ voraus. Dazu sei eine „von den Massen abgehobene leitende Oberschicht“ erforderlich, die als „unegalitäre Führerdemokratie samt ihrem notgedrungen oligarchischen Aufbau“ die einzige Alternative zu den politischen Gewalttendenzen der Zeit darstelle (S. 137f.). Weber vertraute nicht mehr auf bürgerliche Selbstregierung und parlamentarische Prozeduren, sondern machte in seiner Betonung der Führerfigur Konzessionen an die allgemeine Sehnsucht nach einer starken Exekutive – ohne freilich das dafür notwendige institutionelle Arrangement näher zu konturieren.

Moritz Julius Bonns nüchterne Verteidigung des Parlamentarismus, den er – wiederum auf den Spuren eines liberal interpretierten Max Weber – als geeigneten Ort der politischen Führerauslese begriff, bezeichnete den markantesten Unterschied zu seinem Parteifreund Alfred Weber. Während in dessen Abhand-

⁴ Vgl. zum weiteren Kontext Reinhard Blomert, *Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit*, München 1999, S. 122-130; Jens Hacke, Moritz Julius Bonn – ein vergessener Verteidiger der Vernunft. Zum Liberalismus in der Krise der Zwischenkriegszeit, in: *Mittelweg* 36 17 (2010) H. 6, S. 26-59.

⁵ Michels hielt die Herausbildung oligarchischer Führungseliten für ein unvermeidliches Merkmal politischer Parteien. Der präfaschistische Michels wollte dazu Aufklärungsarbeit leisten und die Auswüchse der Oligarchisierung durch Kritik mildern. Vgl. Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911, 4. Aufl. Stuttgart 1989.

⁶ Alfred Weber, *Das Ende der Demokratie? Ein Vortrag*, Berlin 1931, S. 23.

lung dem parlamentarischen System keine gesonderte Aufmerksamkeit zuteil wurde, unterstrich Bonn die unhintergehbare Bedeutung von Verhandlung und Kompromissfindung als Modi verantwortlicher Politik. Er sah in der Stärkung des Parlamentarismus die einzige Möglichkeit, einer Herrschaft der bloßen Gewalt, popularisiert von Faschisten und Kommunisten, zu begegnen. Bonn hielt unbeirrt an den geistigen Grundlagen der liberalen Demokratie fest. Sein angelsächsisch geprägtes Demokratieverständnis ließ keinen Zweifel daran, dass zu den Bedingungen einer freien Gesellschaft Chancengleichheit, Wettbewerb und die Geltung der Menschenrechte ebenso gehörten wie Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit: „Gleichwertigkeit ohne Gleichartigkeit“ (S. 150) lautete die Formel, mit der Bonn den neuen Ideologen von Klassen- und Rassenunterschieden entgegentreten wollte. So selbstverständlich Bonns liberales Credo in späteren Zeiten klingt, so wenig war anscheinend seinen zeitgenössischen Weggefährten bewusst, dass normative Kernfragen im liberalen Selbstverständnis berührt wurden, sobald bürgerliche, soziale und parlamentarische Rechte auch nur im geringsten zur Disposition standen.

Die Anschauungsunterschiede zwischen Weber und Bonn sind keineswegs marginal; sie markieren den Riss, der durch den deutschen Liberalismus ging. Diesem ist nicht einfach fehlende Standfestigkeit oder mangelhaftes Beharrungsvermögen anzulasten – vielmehr fanden unter dem Dach nominell liberaler Weltanschauung sehr unterschiedliche Denktraditionen zusammen, die nur unzureichend integrationsfähig waren: hier das honoratiorenliberale und nationalsoziale Politikverständnis eines in deutscher Tradition stehenden Mandarins, dort der moderne und kosmopolitische liberale Entwurf, der sich an den klassischen Ideen des westeuropäischen Liberalismus orientierte. Während Bonn prinzipiell auf der Rationalität der liberalen Demokratie beharrte und sie gegen neue Irrationalismen verteidigte, hielt Weber nach etwas qualitativ Neuem Ausschau, nach der „oligarchischen Führerdemokratie“, um alle systemischen Probleme auf einen Schlag zu beseitigen. Eine solche Erlösung von der Politik konnte es für Bonn nicht geben, der sich darum bemühte, die Krisengründe der Demokratie zu differenzieren und ihnen aufklärerisch entgegenzutreten. Er sah in der politischen Kultur der Gewalt das Erbe einer unzureichend demobilisierten Nachkriegsgesellschaft. Zu den sozialen Folgen des Krieges zählte er einen spezifischen „Geist der Gewalttätigkeit“, eine „Gewöhnung an Gesetzlosigkeit“ und einen Radikalnationalismus, der universalistischen Bestrebungen vorläufig ein Ende setze (S. 68). Die Demokratie stehe vor dem Dilemma, dass sie dort, wo sie „das Erbe des Weltkrieges angetreten hat, [...] mit der Verantwortung für seine Folgen belastet“ werde (S. 140).

Trotz der offensichtlichen Unterschiede, die zwischen dem gegenwartsdiagnostischen Bonn und dem weit in die Geschichte des frühneuzeitlichen Staatsgedankens ausgreifenden Weber bestanden, lassen sich einige wichtige Übereinstimmungen herausarbeiten, die für die Minderheit der Herzens- und

Vernunftrepublikaner eine gemeinsame Basis hätten bilden können.⁷ Keinen Zweifel ließen beide Autoren daran, dass Gewalt als Mittel der Politik abzulehnen sei. Die revolutionäre Praxis des Bolschewismus und des Faschismus durchschauten sie als Akte gewaltbereiter Gruppen, die zum Zweck des Machterhalts schon bald einen flexiblen Umgang mit der propagierten Ideologie pflegten. In der Parallelisierung links- und rechtsradikaler Repressions- und Mobilisierungspolitik wird eine Frühform der Totalitarismustheorie erkennbar.

Die Verhärtung der Konfliktlinien zwischen den politischen Gegnern und die Orientierung an politischen Theorien der Gewalt prägten auch die Auseinandersetzungen in den europäischen Demokratien. Angesichts dieser Krisenfaktoren betonten Weber und Bonn den unhintergehbaren Wert friedlicher politischer Entscheidungsfindung; selbst Webers „moderne Führerdemokratie“ blieb von der „demokratischen Revision des Vertrauens“ (S. 138) abhängig. Beide wandten sich zudem gegen den Trend einer konservativen Theorie des Ständestaats, die den sozialen Konflikt gleichsam aufheben und im Sinne einer „organischen Ordnung“ stillstellen wollte. Bonn legte dabei den Schwerpunkt auf den Primat des Politischen, um den sich ausbildenden Verbändestaat der Lobbyisten und Interessengruppen in Schach zu halten; für ihn bedeutete die sozialliberale Reform des Kapitalismus auch eine Emanzipation des Arbeiters zum Bürger. Für Bonn benötigte jede kapitalistische Ordnung Sicherheit und Vertrauen, die ein elastisches demokratisches System am besten gewährleiste (S. 138f.).

Die Krisenwahrnehmung beider Autoren war eine gesamteuropäische, wobei der prekären Lage der Weimarer Republik freilich eine besondere Bedeutung zukam.⁸ Das Schicksal deutscher Politik bleibe vom Wohlergehen Europas abhängig, während sich gleichzeitig am Zustand der deutschen Politik auch allgemeine europäische Probleme ablesen ließen. „Überall in Europa werden die politischen Einrichtungen, die sich die Völker gegeben haben, von den Beteiligten mit Geringschätzung, ja manchmal mit haßerfüllter Verachtung betrachtet“, schrieb Bonn. Dies gelte nicht nur für die neuen Demokratien im Herzen Europas, sondern „vielleicht mit alleiniger Ausnahme von England, für alle Länder, die am Krieg beteiligt gewesen“ waren (S. 11).

Sowohl die Kritik an der kolonialen Vergangenheit Europas – „eine der gemeinsten Barbareien, von welchen die Geschichte weiß“ (Weber, S. 26) – als auch die Verurteilung eines nationalen Machtstrebens, das den Weltkrieg ausgelöst habe, dienten als Belege für die angeschlagene moralische Autorität des Kontinents. Weber sah vorerst „das Europäische in Europa zerbrochen“ und „seine alte geistige Form, der individualistische Humanitarismus zugrunde

⁷ Vgl. allgemein Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hg.), *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*, Stuttgart 2008.

⁸ Vgl. auch Alfred Weber, Deutschland und die europäische Kulturkrise, in: *Neue Rundschau* 35 (1924), S. 308-321.

gegangen“ (S. 161). Aus dem Desaster des vergangenen Jahrzehnts müsse die Lehre gezogen werden, Verständigung und Zusammenarbeit zu suchen. Dabei wies er der Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes eine besondere Bedeutung zu, um „Europa als geistige Einheit und als ideell selbständige[n] Geschichtskörper“ gegenüber Amerika, der asiatischen und der islamischen Welt „sichtbar und wirksam werden“ zu lassen (ebd.). Weber hoffte auf die Einsicht in ein gemeineuropäisches Selbstbehauptungsinteresse, das eine Kooperation zwingend mache. „Mit nichts sollte man sich so intensiv befassen als mit den ideellen, den realen und den politischen Voraussetzungen für eine [europäische] Föderation, aber auch den technischen Problemen, die sie in sich trägt“, forderte er (S. 165). Bonn wiederum hatte gleich nach dem Versailler Friedensschluss den europäischen Integrationsprozess für unausweichlich gehalten und für eine europäische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik auf supranationaler Ebene geworben, um nationale „Herrschaftspolitik“ zu überwinden.⁹ Anders als Weber glaubte der Wirtschaftswissenschaftler Bonn eher an die Erfordernisse eines europäischen Binnenmarkts und hielt die Pazifizierung durch gegenseitige ökonomische Vorteilsnahme für aussichtsreicher als den Appell an kulturelle Werte. Der Amerika-Kenner Bonn wollte auch keineswegs einen Gegensatz zu „amerikanischen Ideen“ konstruieren, sondern betonte stattdessen die „Gemeinsamkeiten der Demokratien des Westens“.¹⁰

Keine Frage: Die Lage Europas und die Krise der parlamentarischen Demokratien wurden von Bonn und Weber in düsteren Farben ausgemalt. Beide sahen sich nicht in der Rolle politischer Programmierer, sondern als Mahner und Aufklärer. Bonn, der sich immerhin als Gesandter und finanzpolitischer Berater für verschiedene Reichsregierungen betätigte, war sich nur allzu bewusst, dass er sich dem Vorwurf eines „ohnmächtigen Skeptizismus“ aussetzte. Pessimismus war in einem Land, das Spenglers „Untergang des Abendlandes“ als literarisches Ereignis feierte, durchaus parteiübergreifend en vogue. Wie sehr die Art und Weise der Intonation kulturellen Kontexten gehorchte, zeigt eine kleine, aber nicht unerhebliche Abweichung des Schlusssatzes in der parallel erschienenen amerikanischen Ausgabe. Während Bonn in seinem deutschen Text orakelte, dass die Krise der Demokratie zur Krise der Menschheit werden könne, hieß es im Original der Vorlesung, die Bonn am Institute of Politics in Williamstown gehalten hatte, hoffnungsvoll: „[I]f we can remember that the foundations of society must be based on justice, sympathy and consideration, democracy will survive the present crisis.“¹¹ In den folgenden Jahren hielt Bonn

⁹ Moritz Julius Bonn, *Herrschaftspolitik oder Handelspolitik*, München 1919.

¹⁰ Vgl. ders., *Amerika als Feind*, München 1917; ders., *Was will Wilson?*, München o.J. [1918]; ders., *Amerika und sein Problem*, München 1925; ders., *Geld und Geist. Vom Wesen und Werden der amerikanischen Welt*, Berlin 1927; ders., *Die Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin 1930; ders., *Prosperity. Wunderglaube und Wirklichkeit im amerikanischen Wirtschaftsleben*, Berlin 1931.

daran fest, dass die Widerstände gegen die parlamentarische Demokratie keineswegs das Ende für den Liberalismus als politische Idee bedeuteten, sondern ihn vor die Aufgabe stellten, seine Werte und Ziele nachdrücklicher zu begründen.¹² Solche Überzeugungen mit nimmermüder Vitalität zu vertreten war im Zeitalter der Weltkriege keine geringe Leistung, auch wenn diese Stimme liberaler Vernunft sich nicht durchsetzte und lange in Vergessenheit geriet.

Dr. Jens Hacke, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, D-20148 Hamburg,
E-Mail: jens.hacke@his-online.de

¹¹ Ders., *The Crisis of European Democracy*, New Haven 1925, S. 93.

¹² Vgl. etwa ders., Die Zukunft des deutschen Liberalismus, in: *Europäische Revue* 2 (1926), S. 260-268.